

### **Die meisten Mieter\*Innen sind nur unzureichend über ihre Rechte informiert**

Eine bessere Aufklärung und informierte Mieter\*Innen, die Bereitschaft zeigen ihre Rechte in Mietkämpfen wahrzunehmen, können viele durch Vermieter\*Innen angestrebte kapitalistische Entwicklungen verhindern.

Aus dem deutlich spürbaren Bedarf heraus eine Anlaufstelle zur Intervention gegen Verdrängungs- und Entmietungsprozesse zu schaffen, organisierte „Für das Politische!“ eine Mietsprechstunde im Leipziger Süden, die seitdem aus verschiedensten Mietanliegen besucht wird. Dieses Modell wird seit über einem Jahr umgesetzt und versucht eine Beratung und Vernetzung Betroffener zu realisieren. Die solidarisch organisierte Mietsprechstunde bietet konkrete Hilfe bei Mietstreitigkeiten und kann bei Einzelnen ein politisches Bewusstsein über den eigenen Mietvertrag hinaus entstehen lassen.

Ein solches politisches Bewusstsein erweitert auf verschiedene Stadtteile macht den Aufbau einer politisch starken Bewegung möglich. Die Notwendigkeit und das Bedürfnis nach einer solidarisch organisierten Mieter\*innenbewegung ist zunehmend wahrnehmbar.

### **Scheinbar sind WG-Mietverträge ein einfacher und effektiver Angriffspunkt für Vermieter\*Innen um Mietpreissteigerungen durchzusetzen**

Aktuell häufen sich Anfragen, auch außerhalb der Mietsprechstunde, bezüglich drohender Kündigungen oder Mieterhöhungsverlangen bei WG-Mietverträgen, wenn bspw. nur ein Mensch aus bestehenden Wohngemeinschaftsmietverträgen ausziehen möchte. Zur mangelnden Kenntnis über die Rechtslage kommt hinzu, dass in WGs oft flexible, meist jüngere Menschen wohnen die weniger Interesse daran haben ihre Bestandsmietverträge unter sich zuspitzenden Verhältnissen zu halten. Gerade WG-Mietverträge bieten oft die Möglichkeit Hauptmieter\*Innen der Mietverträge auszutauschen und somit ihre Wohnung zum aktuellen Mietpreis zu halten.

Jeder gekündigte Mietvertrag kann als Verlust für die Mieter\*innenschaft bezeichnet werden, denn Neuvermietungen ziehen nahezu immer immense Mietpreissteigerungen mit sich. Vereinfacht gesagt ist dies ein Faktor der den Mietspiegel in die Höhe treibt, dieser kann als Vergleich für die ortsübliche Vergleichsmiete herangezogen werden. Durch die hohe Fluktuationsrate der WG Bewohner\*Innen eine sich dynamisch entwickelnde Einnahmequelle für Vermieter\*Innen.

### **Eine Stadtentwicklungspolitik die sich an bestehenden nachbarschaftlichen Strukturen orientiert ist möglich und nötig**

Die bewusste Förderung einer kapitalistisch organisierten Wohnungsmarktpolitik schert sich, auch in Leipzig, nicht um die konkreten Wohn- und Freiraumbedürfnisse der Menschen. Und eben solche Politik verändert ganze Stadtteile undemokratisch und renditeorientiert. \*1 Aus diesem Grund geht es uns alle an, für eine solidarische Nachbarschaft einzustehen und über unseren konkreten Mietvertrag hinaus aktiv zu werden.

Da der gesetzliche Rahmen auf Bundesebene sowohl unzureichend als auch nicht gewollt ist, um die kapitalistische Verwertung von Wohnraum zu begrenzen, müssen weitere wirksame Modelle konzeptioniert und umgesetzt werden. Es müssen nachhaltigere Verfahren gefunden werden günstigen Wohnraum zu erhalten und zu erschließen. Auch Vermieter\*Innen gehören in die Pflicht genommen entsprechend der Bedürfnisse ihrer Mieter\*Innen zu agieren. Strukturierte Entmietungen ganzer Häuser gilt es zu verhindern, insbesondere spekulativen Leerstand gilt es zu verunmöglichen. Hierzu müssen Hausbesitzer\*Innen verpflichtet werden verfügbaren Wohnraum zu dessen Nutzung zur Verfügung zu stellen. \*2

*Ziel ist im Mietkampf aktive Anlaufstellen in mehreren Stadtteilen zu etablieren. Die Organisation des Mietkampfes von unten hat das Potential den Vermieter\*Innen Angriffspunkte zu entziehen und Wohnraum langfristig und bezahlbar für Alle zu sichern. Eine Mieter\*Innenbewegung ist möglich und nötig – die 87% als Akteur.*

\*1 (Die Menschen müssen sich nun aber daran gewöhnen jetzt auch in ihrem letzten vermeintlich sicher geglaubten Refugium, ihrer Wohnung, Unfrieden und Konfliktfähigkeit zu tolerieren mangels sinnvoller Alternativen.)

\*2 (Die aktive Wiederinanspruchnahme von ungenutztem Wohnraum darf nicht weiter illegalisiert werden.)